



Rundschreiben.

1. Parteitag der U. S. P.

2 Genossen vom geschäftsführenden Hauptausschuß wöhnten zu informatorischen Zwecken dem Parteitag in Halle bei. Unsere allgemeine Auffassung über den Verlauf und das Ergebnis deckt sich mit den Ausführungen in der K.A.Z. Einzelheiten sind aus dem Folgenden zu entnehmen.

2. Besprechungen mit dem Exekutiv-Komitee.

Gen. Sinowjew war im Begriff einen Kurier zu uns nach Berlin zu schicken, als er erfuhr, daß wir in Halle seien. Er bat uns zu einer Besprechung, zu der auch das 3. Mitglied des geschäftsführenden Hauptausschusses und ein Redakteur der K.A.Z. nach Halle kamen. In der Besprechung stellte sich heraus, daß es dem E.-K. bis dahin unbekannt war, mit welchem Stimmenverhältnis die Hamburger Richtung vom Parteitag abgelehnt worden war, und daß das E.-K. Laufenberg, Wolffheim und Rühle für die eigentlichen Führer unserer Partei hielt. Unsere Anmeldung als sympathisierende Partei war in Moskau noch nicht eingetroffen als Sinowjew abreiste. Dieser Entschluß überraschte ihn sichtbar. Er erklärte jedoch, er werde sich zu unserer Anerkennung im Sinn dieses Beschlusses einsetzen und wäre überzeugt, daß das E.-K. mit 90 Prozent Majorität über den zu erwartenden Widerstand hinweggehen werde. Die Frage nach unserer Stellung zu der neu entstehenden Partei aus K.P.D. und linker U.S.P. beantworteten wir dahin, daß diese Frage für uns überhaupt nicht auf der Tagesordnung stehe. Wir prophezeiten Sinowjew noch schwere Enttäuschungen mit der ganzen Führergesellschaft der Levi- und Däumig-Leute und insbesondere auch mit der von Rußland empfohlenen Gewerkschaftstaktik. Als er uns hierin weitgehend Recht gab, und uns vorschlug, als Gegengift in der neuen Partei zu wirken, erklärten wir, wir würden keinesfalls unsere Kräfte durch Festlegung auf ein von uns abgelehntes Programm und in einer übermächtigen Organisation binden.

Eine Unterhaltung persönlicher Art mit einem deutschen Vertrauensmann des E.-K. ließ die Absicht erkennen, die ganze Führergeneration, sowohl der K.P.D. wie der linken U.S.P. auszuschalten und aus den revolutionären Arbeitern eine neue, in den Massen wurzelnde Führerschaft in der neuen Partei heranzuziehen. Wir erklärten auch hier abwarten zu wollen, was aus der neuen Partei werde und von außen als Sporn auf die Entwicklung einwirken zu wollen.

In Berlin hatten wir nochmals eine Unterhaltung mit dem Gen. Sinowjew, bei der wir hauptsächlich unter Führung des Gen. Gorter, Holland, eine ausführliche theoretische Begründung unserer Grundsätze gaben. Diese Unterhaltung war sehr nötig, da Sinowjew inzwischen offenbar von den Spartakusleuten arbeitet war. Wir glauben hier einen Anfang gemacht zu haben, um dem bisher falsch und ungenügend informierten E.-K. eine ausführliche und konkret begründete Aufklärung über unsere Stellungnahme zu verschaffen. Unsere Ausführungen blieben nicht ohne Eindruck und die Argumente Sinowjews wurden immer schwächer. Gen. Gorter wird demnächst in Rußland diese Arbeit für uns fortsetzen. Die ganze Angelegenheit ist für die Russen offensichtlich eine rein praktische Frage. Ihre Mißerfolge mit dem Spartakusbund haben sie bereits stutzig gemacht. Radek ist nicht mehr Sekretär des E.-K. — Wir hielten es für unsere Pflicht gegenüber dem westeuropäischen Teil der Weltrevolution, in die verkehrten Auffassungen, die

man sich in Rußland gebildet hat, auch weiterhin Bresche zu schlagen.

Die Frage Sinowjews, ob wir grundsätzlich keine internationale Disziplin anerkennen und wie wir uns zu etwaigen Aktionsparolen des E.-K. stellen würden, beantworteten wir dahin, daß wir unsere Teilnahme an Aktionen niemals versagen würden, daß wir uns aber vorbehalten müßten, Parolen, die wir inhaltlich für falsch halten, unsere eigenen Parolen entgegenzusetzen.

3. Gewerkschaften.

Die Stellung zu den Gewerkschaften wird in den innern Auseinandersetzungen des Proletariats in der nächsten Zeit den 1. Platz einnehmen. Die Erregung in Halle war bei diesem Punkt regelmäßig besonders stark, was einen Schluß zuläßt auf die kommenden Kämpfe. Die rechte U.S.P. wird vollkommen auf dem Boden der Gewerkschaften stehen und vielleicht höchstens innere Schwierigkeiten wegen der Arbeitsgemeinschaften haben. Dagegen läßt sich schon heute voraussagen, daß die linke U.S.P. der Gewerkschaftsfrage den Keim zu neuer Spaltung in sich trägt. Die Taktik der K.P.D., durch kommunistische Zellen sowie durch die Diskussion über den Anschluß an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale, die Gewerkschaften von innen her zu erobern oder aber es zu Absplitterungen zu treiben, wird in verhältnismäßig kurzer Zeit Schiffbruch erleiden müssen. Der Grund dafür liegt in dem absoluten Fehlen eines positiven Programms. Niemand kann sich vorstellen, was aus den eroberten Gewerkschaften oder auch aus den durch Anschluß an Moskau abgesplitterten Teilen etwa werden soll. Niemand weiß wie man auf diesem Wege zu einer für die kommenden Kämpfe besser geeigneten Organisationsform kommen soll. Vielfach wird es überhaupt nicht zu größeren Absplitterungen, sondern nur zum Ausschluß kleiner kommunistischer Zellen kommen. Die zu erwartenden Mißerfolge werden dann rechtzeitig von der Gewerkschaftsbürokratie ausgenutzt werden und verwirrend wirken auf die Mitglieder der neukommunistischen Partei.

Außerdem gibt es in dieser Partei zahlreiche Anhänger der Betriebsrätezentrale und des Richard Müllerschen Kästchensystems. Sie werden versuchen, in der Gewerkschaftsfrage eigne Wege zu gehen und ihre Kraft auf die Selbständigkeit der Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften zu konzentrieren.

Da wir diesen ganzen Schwindel von vornherein durchschauen, ist es unsere Pflicht, diese Auseinandersetzungen in unablässigem Kampfe für die Betriebsorganisation auszunutzen und möglichst breite Massen des Proletariats rechtzeitig der Verwirrung zu entreißen, in die sie durch die falsche Gewerkschaftspolitik des Moskauer Kongresses gestürzt werden. Es gilt vor allem immer wieder konkret zu zeigen, wie diese K.P.D.-Politik vollkommen in eine Sackgasse führt und wie nur die Zusammenfassung in B.O. und Allgemeiner Arbeiter-Union eine für den Kampf und den Aufbau geeignete Organisation schafft.

4. Die Partei.

Durch die Agitation des Gen. Rühle einerseits, durch die Thesen des Moskauer Kongresses andererseits ist die Frage der Partei ihrer innern Organisation und ihre Rolle in der Revolution erneut in die Diskussion geworfen worden. Unser allgemeiner Standpunkt hierzu deckt sich mit den verschiedenen Ausführungen in der K.A.Z. über dieses Thema, die Euch

bekannt sein werden. Es sind hier noch einige Einzelheiten hinzuzufügen.

a) Gen. Rühle erklärt, die Partei sei ein Kampfinstrument einer überwundenen Zeit, die Revolution müsse sich neue Waffen schaffen. Das ist richtig, sofern man unter Partei die bisher üblichen Gebilde versteht. Es wird aber falsch, wenn es angewendet wird auf eine Partei, in der die Kritik und Kontrolle von unten so stark verbürgt sind wie bei uns. Wenn der Gen. Rühle zugibt, daß eine politische Organisation im heutigen Stadium des Kampfes noch nötig ist, so ist doch zu sagen, das keine der bisher bekannten Formen politischer Organisationen als ausreichende Waffe des Klassenkampfes dienen könnte. Auch die Form des „Bundes“ nicht, bei der an Stelle eines konkreten Programms nur einige allgemeine Grundsätze die gemeinsame Grundlage bilden, und die geschlossene Zusammenfassung der Kräfte ersetzt wird durch eine lockere Zugehörigkeit, die zu nichts verpflichtet. Der Kampf mit dem Kapital erfordert aber eine in gemeinsamen Denken und in bestimmten Pflichten zusammengefaßte einheitliche Masse.

b) Gen. Rühle gibt selbst zu, daß die Begriffe „Zentralismus und Föderalismus“ heute überholt und nur noch inhaltslose Schlagwörter sind.

Er zieht aber aus dieser Einsicht keine Konsequenzen. Der Zentralismus der Parteien alten Stils besteht darin, daß eine Zentrale die Mitglieder vertritt und für sie handelt. Wenn man bei uns von Zentralismus sprechen will, kann er nur darin bestehen, das Fortwähren für eine Einheitlichkeit der politischen Haltung zu den wechselnden Ereignissen gesorgt wird und daß diese Haltung stets übereinstimmen muß mit dem einheitlich anerkannten Programm.

Wie das anders geschehen soll, als durch die gegenwärtige Organisationsform unserer Partei ist bisher noch von niemandem gesagt worden. Die Gegenüberstellung lautet also richtiger: Einheitlichkeit in geschlossener Organisation oder geistige und politische Unordnung. Schärfer ausgedrückt: Kommunismus oder Individualismus. Auf der andern Seite zeigen die Klagen von Preobraschenski und Sinowjew, die die „Freiheit“ aus der „Prawda“ abdruckt, deutlich, zu welchem Verfall in der russischen K.P. ein falsch verstandener Zentralismus, nämlich eine Unterdrückung der Kritik der Mitglieder und eine Absonderung der Funktionäre von den Massen geführt hat. Wir dürfen diese Dinge nicht zu Angriffen auf die Russen mißbrauchen, da wir nicht wissen können, inwieweit nicht notwendige Folgen des Bürgerkrieges und des äußeren Krieges vorliegen. Wir müssen aber gegenüber der K. P. D. diese Dinge verwenden, um dem Proletariat klar zu machen, daß man in Deutschland nun nicht etwa freiwillig mit blinden Augen denselben verderblichen Weg gehen darf.

c) Genosse Rühle beruft sich auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsbezirken und auf die technische Unmöglichkeit einer zentralen Leitung in Zeiten der Aktion. Das die Verhältnisse nicht nur in den Wirtschaftsbezirken, sondern auch in den einzelnen Gemeinden, ja bis hinunter in die einzelnen Fabriken und ihre Abteilungen Verschiedenheiten aufweisen, wird nie ein Mensch leugnen. Die Freiheit und Selbständigkeit dieser Wirtschaftsbezirke in Organisation und Agitation, in der strafferen oder loseren Zusammenfassung der Ortsgruppen trägt diesem Umstand vollkommen ausreichend Rechnung. Ueber alledem darf doch nie übersehen werden, daß das Kapital und seine Regierung und ebenso die gegnerischen Parteien eine einheitliche Politik treiben, die ebenso wie die revolutionäre Politik des Proletariats und unserer Partei aus der großen gemeinsamen Linie der ökonomischen Entwicklung herauswächst. Diese große

politische Linie der proletarischen Revolution gilt es einzuhalten, und dabei die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse Westeuropas und die besonderen politischen Bedingungen Deutschlands zu beachten. Es gibt keine besondere ostsächsische und thüringische oder hamburgische Revolution. Jedermann weiß auch, daß in Zeiten der Aktion die Uebermittlung zentraler Parolen gerade in entscheidenden Tagen unmöglich sein wird. Um so wichtiger ist es, gerade deshalb während der Vorbereitungszeit die Klarheit über die gemeinsame politische Linie möglichst genau und konkret herauszuarbeiten und den Gesamtplan sowie den Nachrichtenapparat von Ort zu Ort auszubauen, daß die unterbrochene Verbindung so rasch wie möglich wieder hergestellt wird. Es ist natürlich die Pflicht aller Parteiorganisationen, unter den Mitgliedern solche Klarheit über das Programm, über die Taktik bei Aktionen, über unsere Parolen und die der anderen Parteien zu schaffen, daß auch bei Unterbrechung aller Verbindungen der Kampf in einheitlichem Geist erfolgreich geführt werden kann. Jeder einzelne muß ein selbständiger proletarischer Kämpfer werden, d. h. einer, der nicht nach seinem Kopf handelt, sondern im klaren Bewußtsein der Notwendigkeiten der proletarischen Revolution.

5. Allgemeine Arbeiter-Union.

Die grundlegende Wichtigkeit unseres Eintretens für die Union ergibt sich schon aus dem, was wir über die Gewerkschaften gesagt haben. Die Union wird am 24. 10. eine Tagung ihres Reichswirtschaftsrates abhalten, bei der auch der geschäftsführende Hauptausschuß vertreten sein wird. Wir werden im Anschluß an diese Tagung sofort ausführlich berichten.

6. Politische Lage.

Bezüglich unserer allgemeinen Auffassung der politischen Lage, verweisen wir gleichfalls auf die K. A. Z. sowie auf den „Kampfrufer“. Hier nur noch einige Einzelheiten: Der englische Streik zeigt zum ersten Mal eine Abkehr der englischen Bergarbeiter von ihrer obersten Gewerkschaftsbürokratie. Er wird durch seinen Verlauf eine starke Radikalisierung mit sich bringen. Für Deutschland wird er bei längerer Dauer die Frage einer Sympathieaktion zur Diskussion stellen, insbesondere dann, wenn auch die französischen Bergarbeiter in den Streik treten. Huès hat bereits Angst davor und erklärt deshalb, er glaube nicht an eine direkte Rückwirkung des Streiks auf die Haltung der deutschen Bergarbeiter. (Wolffs Telegraphenbüro über eine Unterredung Huès mit dem Bochumer Vertreter des Nieuwe Courant.)

Der bayrische Zentrumsabgeordnete Schlittenbauer hat angeregt, zum Schutz gegen französische Besetzung amerikanisches Kapital bis zu 25% an der rheinisch-westfälischen Industrie zu beteiligen. Dies ist ein Beweis dafür, daß die bayrisch-separatistische Richtung der Reaktion auch in bayrisch-katholischen Kreisen zurückweicht gegenüber der jetzt von Stinnes vertretenen alldeutschen Richtung (vergl. unser letztes politisches Rundschreiben).

Die Lage in Italien scheint einer Zuspitzung zuzutreiben, da einerseits die revolutionären Erhebungen der Arbeiter fortauern, wenn auch weniger einheitlich als bisher, andererseits die Regierung jetzt plötzlich beginnt, zu terroristischen Maßnahmen zu greifen: Verhaftungen, Zeitungsverbote, Vermehrung der Königsgarden usw.

Die österreichischen Kommunisten haben bei den Wahlen nur etwa 26000 Stimmen bekommen, d. h. weniger als sie Parteimitglieder haben. Ein Zeichen dafür, daß die kommunistischen Arbeiter dort in der Mehrzahl sich den falschen Parolen des E.-K. nicht gefügt haben, da unter den 26000 Stimmen zweifellos die Mehrzahl von unorganisierten Mitläufern stammt.